

<https://apollo-news.net/von-der-bundesregierung-bezahlte-broschuere-feiert-transsexualitaet-bei-3-jaehrigen/> 6.12.2023

Von der Bundesregierung bezahlte Broschüre feiert Transsexualität bei 2-Jährigen

Eine Broschüre der AWO beschäftigt sich mit Transsexualität bei Kindergarten-Kindern und wirbt dafür, den Geschlechtswechsel zu akzeptieren und zu unterstützen - auch wenn sie noch nicht über das „Vokabular“ verfügen, das überhaupt auszudrücken.

„Vielfaltsensible Kitas und Kindertagespflegepersonen“ – der AWO Bundesverband propagiert in einer neuen, von der Bundesregierung geförderten [Broschüre](#), dass es völlig normal sei, dass selbst zwei, drei und fünf-jährige Kinder „Trans“ oder „non-binär“ seien. Und in dieser „geschlechtlichen Vielfalt“ müsste man sie schon im Kindergarten unterstützen. Ob die Kleinen überhaupt wissen, was sie da zwischen den Beinen haben, ist dabei irrelevant. Hauptsache man stellt ihnen „geeignetes“ Spielzeug, Bücher und einen „diversen“ Geschlechtseintrag zur Verfügung.

„Alle Kinder sind willkommen“, steht auf dem Regenbogen-Cover der Broschüre, die Ende November veröffentlicht wurde. Sie soll Eltern, „Mitarbeiter*innen der Arbeitsfelder Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ und Interessierten Hintergrundwissen zu „Trans Kindern“ vermitteln, um sie in ihrer „geschlechtlichen Selbstwahrnehmung“ zu unterstützen – und das in einem Alter, in dem viele Kinder noch nicht mal alleine auf den Topf gehen können.

„Gesellschaftliche Sensibilisierungsmaßnahmen“

Doch für den AWO Bundesverband e. V. scheint kein Zweifel daran zu bestehen, dass es „schon immer“ nicht-binäre und transsexuelle Kleinkinder – vielleicht sogar Babys – gab. Und wenn Sie das bisher nicht kapiert haben, dann lag das wohl daran, dass es vor der Ampel und dem Selbstbestimmungsgesetz einfach nicht genug „gesellschaftliche Sensibilisierungsmaßnahmen“ gab – durch die sind „trans Kinder in

Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege“ laut AWO nämlich sichtbarer geworden.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article248854712/Linnemann-Vorstoss-CDU-will-jungen-Arbeitslosen-Buergergeld-um-50-Prozent-oder-mehr-kuerzen.html> 5.12.2023

CDU will jungen Arbeitslosen Bürgergeld um „50 Prozent oder mehr“ kürzen

Die CDU, aber auch die FDP fordern eine Neubewertung des Bürgergelds. Die Liberalen möchten die anstehende Erhöhung ab Januar 2024 absagen, die Union beabsichtigt, junge Erwerbslose stärker einzubeziehen und CSU-Ministerpräsident Söder hat noch eine ganz andere Idee.

Im Falle einer Regierungsübernahme will die CDU das Bürgergeld für arbeitsfähige junge Erwachsene deutlich kürzen, sofern sie Arbeits- oder Ausbildungsangebote ablehnen.

„Es kann doch nicht sein, dass wir 600.000 junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren haben, die weder arbeiten noch in Ausbildung sind“, sagte Generalsekretär Carsten Linnemann [dem Berliner „Tagesspiegel“](#). „Wer gerade in jungen Jahren arbeiten könnte, es aber bewusst nicht tut und das System ausnutzt, müsste statt mit einer 30-prozentigen Kürzung mit 50 Prozent oder mehr rechnen.“

Die Partei stelle die entsprechenden Verfassungsgerichtsurteile zum menschenwürdigen Existenzminimum „nicht in Abrede“, sagte Linnemann weiter. Man sei aber bereits im Gespräch mit Verfassungsrechtlern darüber, die solch verschärfte Sanktionen „gerade bei Jüngeren für möglich halten“.

<https://ansage.org/weihnachtsmarkt-unterm-muezzinruf-kultureller-selbstmord/> 2.12.2023

Weihnachtsmarkt unterm Muezzinruf: Kultureller Selbstmord

Die deutsche Kapitulation vor dem Islam erreicht Ausmaße, die, trotz aller Tragik, bereits die Grenze zur Realsatire überschreiten. In ihrer selbstmörderischen Toleranzbesoffenheit, haben die Stadtoberen des

fränkischen Karlstadt bei Würzburg den nach dem heiligen Andreas, einem Jünger Jesu, benannten Vorweihnachtsmarkt [allen Ernstes unter die Kontrolle der örtlichen Moschee-Verbände](#) gestellt – einschließlich der in direkter Abhängigkeit vom türkischen Erdogan-Regime stehenden radikalislamischen Ditib-Moschee. Diese Farce läuft unter dem Motto „Orient trifft Okzident“.

Sinniger, weil treffender wäre „Orient übernimmt Okzident“

gewesen: Von weihnachtlichen Bräuchen war hier erwartungsgemäß nichts mehr zu sehen. Die Veranstaltung wurde mit einem markerschütternd gellenden Muezzin-Ruf über Lautsprecher eröffnet, das modulierte Gejaule des Gebetsrufs sprach dem Ambiente eines mitteleuropäischen christlich geprägten Weihnachtsmarktes Hohn, der Koran wurde ausgiebig zitiert, Kinderchöre sangen islamische Lieder und es wurde dezidiert über islamische Bräuche aufgeklärt. Auch kulinarisch wurde die Islamisierung vorangetrieben: Laut der „Main Post“ gab es statt Glühwein und gebratenen Mandeln diesmal gebratene türkische Knoblauchwurst und Tantuni.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-verbot-lgbtq-bewegung-extremismus-100.html> 30.11.2023

Russland stuft LGBTQ+-Community als "extremistisch" ein

Die Justiz in Russland hat ein Verbot gegen die internationale LGBTQ+-Bewegung wegen "Extremismus" verhängt. Unklar ist dabei, wie das Urteil in der Praxis ausgelegt wird - denn es richtet sich nicht gegen bestimmte Organisationen.

Der Oberste Gerichtshof in Russland hat die LGBTQ+-Community als "extremistisch" eingestuft und damit die Rechte schwuler, lesbischer und anderer queerer Menschen weiter massiv eingeschränkt. Die Richter stimmten einem entsprechenden Antrag des russischen Justizministeriums zu, wie die russische Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf das Gericht meldete.

Aktivitäten in Russland verboten

Demnach wurde entschieden, "die internationale öffentliche LGBTQ+-Bewegung als extremistische Organisation anzuerkennen und ihre Aktivitäten in Russland zu verbieten". Das Vorgehen war etwa von Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern bereits im Vorfeld heftig kritisiert worden.

Auslegung des Urteils unklar

Unklar ist aktuell, welche konkreten Auswirkungen das Verbot mit sich bringt. Der Grund: Das Verfahren, das hinter verschlossenen Türen stattfand, richtete sich nicht gegen eine bestimmte Organisation, sondern gegen einen Teil der russischen Gesellschaft.

<https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/muenchen-will-3500-baeume-pflanzen-fuer-52-millionen-euro-86321840.bild.html>

4.12.2023

Gegen Klimawandel München pflanzt Bäume für 52 Millionen Euro

Die Stadt München plant, 3500 Bäume in der Stadt zu pflanzen. Als Maßnahme gegen den Klimawandel. Die Kosten: 52 Millionen Euro! Das sind knapp 15 000 Euro pro Baum.

Laut Baureferat sollen rund 1300 Bäume in den öffentlichen Grünanlagen und rund 700 Bäume auf Grünflächen in den Straßen gepflanzt werden.

Baum-Wumms in München!

Weitere 1.570 Bäume sollen auf noch versiegelten Flächen gepflanzt werden – zum Beispiel auf Parkplätzen.

Der Stadtrat muss noch zustimmen, mit Grün-Rot als Koalition ist das aber ziemlich sicher – trotz der Kosten. Bürgermeister Krause: „52 Millionen Euro sind eine Menge Geld, aber wenn man den langen Lebenszyklus der Bäume über viele Jahrzehnte betrachtet, dann ist das eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Stadt.“

Die Standorte konnten sich die Bürger aussuchen. Im Oktober 2020 ließ die Stadt alle Bezirksausschüsse Vorschläge einreichen.

Jedes Jahr verliert München hunderte Bäume

Die Grünen präsentieren den Baum-Wumms als großen Erfolg. ABER: Auf Privatgrundstücken werden seit Jahren mehr Bäume gefällt als gepflanzt.

Auch die Stadt sägt ganz schön viel ab – so sollen in der Fürstenrieder Straße hunderte Bäume weg – für eine Trambahn. [Für die Verlängerung der U 5 im Westen der Stadt sollen mehr als 700 Bäume weg.](#)

<https://t.me/AnthonyRobertLee/2973>

Landwirt Anthony Lee kommentiert:

🌟WAS FÜR BÄUME, WILL DIE STADT MÜNCHEN PFLANZEN?

Ca. 15000.- EUR soll das Pflanzen eines Baumes kosten?

Sind diese Bäume mit Blattgold belegt?😂

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/umwelthilfe-klagt-erfolgreich-kommt-nun-der-klima-lockdown/> 30.11.2023

Umwelthilfe klagt erfolgreich: Kommt nun der Klima-Lockdown?

Erfolg für die „Deutsche Umwelthilfe“: Ein Gericht verurteilt die

Bundesregierung mitten in der Haushalts- und Finanzkrise,

„Sofortmaßnahmen“ gegen den Klimawandel einzuleiten. Klima-Lobbyisten haben bereits konkrete Vorschläge.

BERLIN. Das [Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg](#) hat die

Bundesregierung verurteilt, ein Sofortprogramm vorzulegen, um den CO2-Ausstoß zu senken. Es gab damit einer Klage der [„Deutschen Umwelthilfe“](#) und des BUND statt.

Hintergrund: Das Umweltbundesamt hatte beklagt, daß es in den Jahren 2021 und 2022 Überschreitungen der zulässigen Jahresemissionsmengen in den Bereichen Wohnen und Verkehr gegeben habe. Das von der Bundesregierung vorgelegte Klimaschutzprogramm 2023 reicht nach Ansicht der Richter nicht aus.

Noch nicht rechtskräftig

Ein Sofortprogramm müsse „kurzfristig wirksame Maßnahmen enthalten, die die Einhaltung der im Klimaschutzgesetz ausgewiesenen Jahresemissionsmengen für die folgenden Jahre im jeweiligen Sektor sicherstellen“, teilte das Gericht mit. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Die „Deutsche Umwelthilfe“ zeigte sich hochzufrieden mit dem

Richterspruch. „Dieses Urteil ist der richterliche Doppel-Wumms für den

Klimaschutz und eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung wegen ihrer katastrophalen Klimapolitik“, sagte der Bundesgeschäftsführer des Vereins, Jürgen Resch. Er verlangte ein sofortiges Tempolimit von 100 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen und 30 pro Stunde in den Ortschaften sowie eine Sanierungsoffensive für Kita-Gebäude. (ho)

<https://www.nius.de/Medien/tagesschau-berichtet-ueber-kohlekraft-studie-die-gar-keine-studie-ist/77e8188e-550d-423c-a334-52cee4f084d1>

30.11.2023

Tagesschau berichtet über Kohlekraft-Studie, die gar keine Studie ist

Die Tagesschau berichtet über eine Studie, der zufolge fast alle Kohlekraftwerke weltweit bis 2030 ersetzt werden könnten.

Allerdings ist die vermeintliche Studie keine wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Modellrechnung von „Klimaschutz“-Lobbyisten.

Der als „exklusiv“ beworbene Artikel zeigt: Wenn das Ergebnis ideologisch passt, ist der Tagesschau die Qualität von Daten herzlich egal.

„Fast alle Kohlekraftwerke weltweit könnten bis 2030 durch eine Kombination aus Fotovoltaik, Windkraft und Batteriespeicher ersetzt werden.“

Der Einstieg in den Artikel der Tagesschau klingt vielversprechend. Erst recht, wenn man nur wenige Sätze später erfährt, dass die Quelle der frohen Botschaft nicht etwa „Fridays for Future“ oder die „Letzte Generation“ ist, sondern eine „Studie“ und demnach die Wissenschaft höchstpersönlich.

„Exklusiv“ und „neue Studie“: Der Leser bekommt hier sofort den Eindruck, dass die Daten objektiv erhoben wurden.

Der Leser weiß nun: Die Daten sind belastbar, man muss sie ernst nehmen. Dass „Studien“ die harte Währung im Kampf um die Wahrheit sind, ist Allgemeinwissen, spätestens seitdem Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) Dauergast in deutschen Talkshows wurde.

Wer allerdings die Studie, auf die die Tagesschau verweist, sucht, wird nicht fündig! Sie wurde in keinem Fach-Journal publiziert und ist weder über die gängigen Studien-Server zu finden noch über Google. Nach

zahlreichen Hinweisen auf X (ehemals Twitter) aktualisierte die Redaktion den Artikel schließlich und verlinkte die angeblich vielversprechende Studie.

Florian Gallwitz von der Technischen Hochschule Nürnberg wies als einer der Ersten auf die Unwissenschaftlichkeit der Analyse hin.

Werbung einer Lobbyorganisation als Wissenschaft getarnt

Inzwischen führt ein Klick direkt auf das, was die Tagesschau als „Studie“ bezeichnet: „Switch coal profitably to renewable energy“ steht über dem 41-seitigen Schreiben, das vieles ist, aber keine wissenschaftliche Arbeit. Bereits nach wenigen Seiten wird klar: Das ist keine Studie, die in einem Fachjournal veröffentlicht werden würde. Hier hat eine Lobbyorganisation ihre Werbung in ein wissenschaftlich anmutendes Format gepackt, um zu überzeugen. Mit Erfolg, wie man sieht. Mit Modellrechnungen erklären die Autoren, dass die Stilllegung von rund 90 Prozent der weltweit etwa 2.500 Kohlekraftwerke dem Klimaschutz erheblich nutzen würde und zugleich auch profitabel sei.

SwitchCoal („Kohle ersetzen“) nennt sich der Thinktank, der die Analyse erstellt hat, sein Claim lautet: „Die Ersetzung der weltweiten Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien ist der rentable Weg in eine saubere Zukunft.“

Eine der Autorinnen ist Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr und Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), die bereits bei Lanz, Illner und Anne Will für die Energiewende warb, und ein Buch mit dem Titel „Schockwellen: Letzte Chance für sichere Energien und Frieden“ schrieb.

Auch die restlichen Mit-Autoren engagieren sich für die sogenannten „erneuerbaren Energien“. Dass hier vor allem ideologische Befangenheit und nicht objektive Wissenschaft im Spiel war, scheint die Tagesschau allerdings nicht zu stören.

<https://apollo-news.net/franzoesische-regierung-greift-auf-sparguthaben-der-buerger-zurueck/> 29.11.2023

Französische Regierung zieht Sparguthaben von Bürgern für Verteidigungsausgaben ein
Mittels einer Änderung im Haushaltsgesetz möchte die französische Regierung auf die Sparguthaben der Franzosen zugreifen. Damit sollen Verteidigungsausgaben finanziert werden.

Das Livret A ist ein beliebtes Sparkonto in Frankreich. Der Zinssatz sowie eine Einzahlungsobergrenze werden vom französischen Staat festgelegt. Die Zinsen sind in der Regel steuerfrei, was das Sparguthaben bei vielen attraktiv macht. Mehr als 50 Millionen Franzosen nutzen es. Ursprünglich diente es zur Beschaffung von Mitteln für soziale Wohnungsbauvorhaben. Nun sollen die Spareinlagen als Finanzierungsquellen für Darlehen an die Rüstungsindustrie verwendet werden. Zusätzlich soll auch auf das „Sparguthaben für nachhaltige Entwicklung“, das ursprünglich zur Finanzierung der Energiewende angedacht war, zugegriffen werden.

Möglich wird diese Änderung des Verwendungszwecks durch einen neuen Abschnitt im Haushaltsgesetz 2024, der durch einen Änderungsantrag im Rahmen der Haushaltsberatungen in der französischen Nationalversammlung von Abgeordneten des Mittebündnisses von Präsident Macron sowie der Oppositionspartei Les Républicains eingebracht wurde. Begründet wird die Änderung mit der zwingenden Notwendigkeit, in die Verteidigungsfähigkeit Frankreichs zu investieren. Durch die Gesetzänderung steigt der Druck auf die französischen Banken, die sich in der Vergangenheit eher zurückhaltend bei der Bereitstellung von Darlehen an Rüstungsunternehmen verhalten haben. Noch ist unklar, wie viel Geld in den kommenden Jahren investiert werden soll. Da ausschließlich auf Sparguthaben der Kunden von privaten Banken und nicht auf die der staatlichen Vermögensverwaltung Caisse des Dépôts zurückgegriffen werden soll, stehen in den kommenden Jahren circa 220 Milliarden Euro zur Verfügung, welche den 40 Prozent privaten Sparern entsprechen.

<https://exxpress.at/warnung-fuer-67-millionen-briten-regierung-raet-zum-kauf-von-kerzen/> 5.12.2023

Warnung für 67 Millionen Briten: Regierung rät zum Kauf von Kerzen
"Es könnte schon morgen sein, dass etwas passiert", warnt der Vize-Premierminister die Briten vor einem Ausfall des Stromnetzes und Anschlägen. Die Bürger sollen sich mit batteriebetriebenen UKW-Radios und Kerzen eindecken.

Es klingt sehr ernst, was Oliver Dowden (45), der stellvertretende Ministerpräsident des Vereinigten Königreichs, zur aktuellen Sicherheitssituation in Großbritannien sagt: „Wir müssen darauf achten, sicherzustellen, dass die Menschen widerstandsfähig sind. Wenn Sie beispielsweise aus irgendeinem Grund einen Stromausfall hätten, haben die Menschen dann immer noch das, was wir früher verwendet haben? Früher ging man zu einem Schrank unter der Treppe, dort hatte man eine Taschenlampe oder Kerzen oder was auch immer.“ Und: "Ein weiteres Beispiel dafür sind Radios. Früher konnte jeder auf ein batteriebetriebenes UKW-Radio zugreifen. Wie viele Menschen verfügen tatsächlich über ein solches Kommunikationsgerät, das nicht auf digitale und elektrische Daten angewiesen ist? Was würden die meisten von uns also tun?"

Dazu berichtet aktuell die Times über die Aussagen von Dowden bei dem ersten jährlichen Update zur nationalen Risiko- und Resilienzstrategie der Regierung: "Die Menschen müssten angesichts der zunehmenden Abhängigkeit von digitalen Telefonen und Computern persönlich widerstandsfähiger sein. Die Regierung muss sicherstellen, dass wir in diesem digitalen Zeitalter widerstandsfähig sind, und sicherstellen, dass unsere Strukturen dies berücksichtigen, einschließlich der Berücksichtigung der analogen Fähigkeiten, deren Beibehaltung sinnvoll ist."